

6 **Sozial und gerecht in den Kommunen und in Europa**  
7  
8

9 Linke Kommunalpolitik steht für die Durchsetzung sozialer Rechte und eine  
10 gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums. Wir treten ein für den Erhalt  
11 einer lebenswerten Umwelt und wollen eine Ausweitung der demokratischen  
12 Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort für alle Einwohnerinnen und Einwohner. Die  
13 Kommunen müssen über Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge selbst  
14 bestimmen können. Sie dürfen ihre Entscheidungskompetenz dazu nicht an  
15 privatwirtschaftlich organisierte Interessensgruppen abgeben. Die im  
16 Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung kann nur dann soziale  
17 Realität sein, wenn die Kommunen auch selbst wirtschaftlich tätig sind und sie  
18 Bereiche, die demokratischer und öffentlicher Einflussnahme zugänglich sind,  
19 erhalten und ausbauen.  
20  
21

22 **Linke Politik in die Rathäuser und Kreistage**  
23

24 Gemeinderatsmitglieder und Kreisräte der LINKEN engagieren sich bereits in  
25 zahlreichen Städten und Landkreisen Baden-Württembergs für soziale Belange  
26 und für mehr demokratische Mitwirkungsrechte. Wir wollen mehr werden.  
27 Unsere Kommunalpolitiker arbeiten zusammen mit örtlichen Initiativen,  
28 Vereinen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Wir stellen Transparenz  
29 her zu Dingen, die alle angehen. Die Kommunen und ihre Einrichtungen  
30 erbringen für die Bevölkerung alle wichtigen Versorgungsleistungen. Deshalb  
31 bestimmt die Gemeindeordnung von Baden-Württemberg: der Wirkungskreis  
32 der Gemeinde ist „universell“.  
33 Kommunale Entscheidungen sind durch alle Bürgerinnen und Bürger  
34 unmittelbar vor Ort zu treffen. Alle wichtigen Entscheidungen der „großen“  
35 Politik haben aber auch Auswirkungen auf die Kreise, Städte und Gemeinden.  
36 Auf kommunaler Ebene findet das ehrenamtliche und gemeinnützige  
37 Engagement von Millionen Menschen statt. Unsere Fraktionen, aber selbst auch  
38 einzelne Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, können direkte Erfolge  
39 erzielen, wenn sie sich kommunalpolitisch engagieren.  
40  
41  
42  
43

44

## 45 **I.) UmFairteilen: Kommunen und Landkreise brauchen die Millionärsteuer**

46

47 Die derzeitige soziale Ungleichheit ist so gravierend, dass sie die gesamte  
48 Gesellschaft blockiert und eine positive Entwicklung bremst.

49 Zukunftsinvestitionen – beispielsweise in eine sozial-ökologische  
50 Energiewende, in eine gute Gesundheits- und Pflegeversorgung für alle oder in  
51 ein gerechtes Bildungssystem – können deshalb nicht finanziert werden. Eine  
52 gerechte Gesellschaft ist für alle besser. Die Kommunen benötigen endlich  
53 wieder ausreichend Finanzmittel. Wir wollen Städte und Gemeinden mit – und  
54 nicht ohne – Bibliotheken, Schulen, Kitas, Schwimmbäder, Theater und  
55 Kulturzentren. Bei der Übertragung von Aufgaben muss das Konnexitätsprinzip  
56 (»wer bestellt, muss zahlen«) endlich umgesetzt werden.

57 DIE LINKE tritt für eine umfassende Gemeindefinanzreform ein, die die  
58 Selbstständigkeit der Kommunen erhöht. DIE LINKE will die bisherige  
59 Gewerbesteuer auf eine breitere Basis stellen und in eine  
60 Gemeindefinanzsteuer umwandeln. Dabei wird die Bemessungsgrundlage  
61 ausgeweitet (Einbeziehung von Pachten, Mieten, Leasingraten und  
62 Lizenzgebühren) und der Kreis der Steuerzahlenden vergrößert (Einbeziehung  
63 der Selbstständigen und Freiberuflerinnen und Freiberufler). Der Freibetrag wird  
64 auf 30.000 Euro angehoben

65 und die festgesetzte Steuer bei der Einkommensteuer berücksichtigt. In dieser  
66 Reform inbegriffen ist auch die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage, was  
67 Städte und Gemeinden finanziell entlastet. Mehreinnahmen für die Kommunen  
68 in Deutschland: 15 Milliarden Euro.

69

70 Die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich können die Kommunen durch  
71 öffentliche Güter und Leistungen kaum mindern. So liegt die Spaltung  
72 zwischen auskömmlichem und gutem Leben einerseits und Leben in Armut  
73 andererseits in den Städten und Gemeinden – meist nach Stadtteilen getrennt –  
74 nahe beieinander.

75 Wir fordern:

76

- 77 • Die Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und  
78 Kommunen muss mit einer Gemeindefinanzreform neu geregelt werden.
- 79 • Der ruinöse Wettbewerb von Gemeinden um den geringsten  
80 Gewerbesteuersatz hat viele Gemeindehaushalte ruiniert und muss  
81 gestoppt werden.
- 82 • Verkehr, Gesundheitsversorgung, Wasser, Energie und sozialer  
83 Wohnungsbau gehören in öffentliche Hand. Die „Privatisierung“ von  
84 Einrichtungen der öffentlichen Daseinsfürsorge (z.B. Schwimmbäder  
85 u.a.m.) kommt den Kommunen langfristig teuer zu stehen. Wir lehnen  
86 auch sog. PPP-Projekte ab, bei den sich Gemeinden gegenüber Investoren  
87 auf Jahrzehnte hinaus zu hohen Geldzahlungen verpflichten.

- 88 • Die Gemeinde darf nicht ihr letztes Tafelsilber (meist in Form von  
89 Grundstücken) verkaufen, weil sie dadurch für die Zukunft kaum noch  
90 Handlungs- und Gestaltungsspielräume hat.
- 91 • Bei sehr kostenintensiven Großprojekten sind wir der Ansicht, dass es  
92 grundsätzlich einen Bürgerentscheid geben sollte. Die Einwohnerschaft  
93 soll selbst entscheiden, ob das Vorhaben wirklich notwendig ist und ob  
94 sie das finanzielle Risiko auf sich nehmen will. Meist sind die Bürger  
95 sparsamer als die Politiker. Denn sie wissen, dass sie es letztlich selbst  
96 über ihre Steuern bezahlen müssen.
- 97 • Leider sind wir die einzige Partei, die bereit ist, sich auch mit  
98 Superreichen und den ganz Mächtigen anzulegen, wenn es um das  
99 Gemeinwohl geht. Deshalb UmFairteilen: Kommunen brauchen eine  
100 sichere finanzielle Ausstattung. Kommunen brauchen die Millionärsteuer!

101  
102

## 103 **II.) Armut bekämpfen - Soziale Fragen in den Mittelpunkt**

104

105 Unser besonderes Augenmerk gilt allen Menschen, die durch Armut in Not  
106 geraten sind oder Ausgrenzung erfahren. Darunter fallen Erwerbslose,  
107 Flüchtlinge, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige,  
108 Wohnungslose und viele andere Menschen, denen die gesellschaftliche Teilhabe  
109 erschwert wird. Für sie sind wir ein regelmäßiger Ansprechpartner. Ihre soziale  
110 Integration wollen wir erreichen. Dazu setzen wir uns in der Kommunalpolitik  
111 zum Beispiel ein:

112

- 113 • für den bedarfsgerechten Ausbau von sanktionsfreier Sozialberatung,
- 114 • für regelmäßige Sozialberichte durch die Kommune, um bestehende  
115 Problemlagen offen zu legen und den Handlungsbedarf aufzuzeigen,
- 116 • für höhere Zuschüsse und tarifgerechte Entlohnung in Vereinen und  
117 Verbänden, die in der Sozialarbeit tätig sind.
- 118 • für eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge und ihre sofortige  
119 Integration in das kommunale Leben,
- 120 • für Sozialtickets oder Sozialtarife z.B. bei Eintrittsgeldern zu öffentlichen  
121 Einrichtungen wie Schwimmbädern u.a.m.,
- 122 • für Inklusion; es soll kommunale Aktionspläne für die Umsetzung der UN-  
123 Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in allen  
124 Bereichen geben und Inklusionsbeauftragte aus den Reihen der Betroffenen  
125 eingesetzt werden,
- 126 • für den Vorrang des Sozialen im Haushaltsplan der Gemeinde – und im  
127 Zweifelsfall gegen teure Prestigeprojekte, auf die man auch verzichten  
128 könnte,

- 129 • für regelmäßige Besuche aller Fraktionen z.B. in Flüchtlingsheimen und  
130 anderen sozialen Einrichtungen, damit Politiker im Gespräch mit den  
131 betroffenen Menschen deren Probleme unmittelbar kennenlernen.
- 132 • Arbeitsmigrantinnen und Migranten wollen wir vor unmenschlicher  
133 Ausbeutung und rassistischer Hetze schützen. Auch in kommunalen  
134 Einrichtungen muss gelten: gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
- 135 • Jugendhilfe: Ausbau von Jugendhilfeeinrichtungen, individuellen Hilfen und  
136 mehr Unterstützung für selbstbestimmte Lebensformen.

137

138

### 139 **III.) Bildungsauftrag umsetzen - Kitas und Schulesen kostenfrei**

140

141 Kinder und Jugendliche fördern bedeutet Investition in die Zukunft. Verbesserte  
142 Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder sind ein zentrales Element der  
143 Kommunalpolitik der LINKEN. In den Kommunalparlamenten streiten wir  
144 deshalb:

145

- 146 • für einen schnelleren Ausbau von Kindertagesstätten. Ihr Besuch sollte  
147 gebührenfrei sein (wie es z.B. in Heilbronn schon der Fall ist);
- 148 • für ein kostenloses und gesundes Mittagessen für Kindergarten- und  
149 Schulkinder, um gerade einkommensschwache Familien zu entlasten;
- 150 • Mehr Schulsozialarbeit! Gegen jede Einschränkung der kommunalen Kinder-  
151 und Jugendarbeit, die gerade in den letzten Jahren durch „Sparzwänge“  
152 immer wieder auf die Kürzungslisten für die Haushaltsentwürfe gerät;
- 153 • zügiger Ausbau der Ganztageseschulen mit zusätzlichen gebührenfreien  
154 Angeboten in Musik, Sport und Kunst, die über die „Mindestversorgung“  
155 hinausgehen.
- 156 • Gute Ausgestaltung regionaler Schulentwicklungspläne mit dem Ziel,  
157 wohnortnahe Gemeinschaftsschulen mit genügend Personal zu erhalten.  
158 Bedingt durch den Geburtenrückgang werden in den nächsten Jahren auch  
159 die Schülerzahlen deutlich zurückgehen. Deshalb ist es unerlässlich, das  
160 Schulsystem so umzustrukturieren, dass Gemeinden ihre Schulstandorte nicht  
161 verlieren.
- 162 • Für eine sehr hohe Priorität der Sanierung von Schulgebäuden in den  
163 kommunalen Haushalten. Viele Schulgebäude sind heute in einem  
164 erbärmlichen Zustand, weil die langfristige Planung der Finanzierung ihrer  
165 notwendigen Sanierung verschlafen wurde.
- 166 • Zurückdrängung von Kinderarmut. Der Anteil der Kinder, der in  
167 einkommensschwachen Familien lebt, hat in den letzten Jahren deutlich  
168 zugenommen. Hier muss ein sozialer Ausgleich stattfinden, damit diesen  
169 Kindern nicht ihre Zukunftschancen genommen werden. Die Maßnahmen  
170 aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sind völlig unzureichend und müssen  
171 aufgestockt und ausgeweitet werden.

172  
173  
174  
175  
176  
177  
178  
179  
180  
181  
182  
183  
184  
185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198  
199  
200  
201  
202  
203  
204  
205  
206  
207  
208  
209  
210  
211  
212  
213  
214

#### **IV.) Mieten und Nebenkosten – bezahlbar für alle**

In vielen größeren Städten Baden-Württembergs hat sich in den letzten Jahren die Situation auf dem Wohnungsmarkt dramatisch zugespitzt. Es gibt einen Mangel an Wohnungen, der für die einkommensschwächeren Bevölkerungsteile noch bezahlbar ist. Teilweise explodieren die Mieten, aber auch die Gebühren für Energie, Entsorgung und umlagefähige Nebenkosten wie die Grundsteuer. Linke Kommunalpolitik muss dem entgegen wirken. Deshalb setzen wir uns in den Kommunal-Parlamenten u.a. für folgende Maßnahmen ein:

- Mehr Neuinvestitionen in den kommunalen Wohnungsbau bzw. in öffentlich geförderte Sozialwohnungen.
- Für städtebauliche Verträge, die bei der Ausweisung von Neubauprojekten feste Quoten für Sozialen Wohnungsbau vorsehen.
- Für jährliche Berichte zur Wohnungssituation in der Gemeinde, insbesondere was die Lage von Menschen mit niedrigem Einkommen, von Älteren und Menschen mit Behinderungen betrifft. Ein gutes Berichtswesen ist die Voraussetzung dafür, um konkrete Handlungsnotwendigkeiten zu erkennen und Maßnahmen einleiten zu können.
- Städtische Kontrollen auf dem Wohnungsmarkt: Mietpreissenkungen und Mietpreisstopp sind in besonders betroffenen Kommunen notwendig. Im Durchschnitt sollen Mietkosten ein Viertel des Einkommens nicht übersteigen.
- Energetische Sanierungen sind Sache des Vermieters. Die Umlage auf die Mieter darf die Gebühreneinsparungen bei den Nebenkosten nicht übersteigen.
- Für eine stärkere Förderung von genossenschaftlichem Bauen und Wohnen, um „Finanzhaie“ auf dem Wohnungsmarkt zurück zu drängen, denen es nur um Profitmaximierung geht.
- Gegen die „Privatisierung“ städtischer Wohnungen, weil dies die Mietpreise weiter in die Höhe treibt.
- In Städten mit Wohnungsmangel muss Leerstand bekämpft und die Umwandlung von Gewerberaum in Wohnraum erleichtert werden.
- Die in vielen Städten durch den Abzug der US-Armee in Kürze frei werdenden Militärgelände (sog. Konversionsflächen) müssen städtebaulich genutzt und gestaltet werden, vorwiegend um den Wohnungsmarkt zu entspannen. Grundstücke dürfen nicht einfach an den Meistbietenden verhökert werden, sondern könnten in z.B. Erbpachtrecht an kommunale Wohnungsgesellschaften vergeben werden.

215 **V.) Flächendeckend: gute Pflege und Gesundheit**

216

217 Unser Gesundheitssystem ist in vielen Regionen in einer kritischen Lage und  
218 steht vor einem Wendepunkt. Viele öffentliche Kreiskrankenhäuser sind  
219 unterfinanziert und von der Schließung bedroht. Grund dafür ist eine ruinöse  
220 Kommerzialisierung des Gesundheitssektors, bei der Gesundheit zur Ware wird.  
221 Im Rahmen des Wettbewerbsdrucks wird das Personal ausgedünnt, wodurch die  
222 Pflegebedürftigen zu leiden haben. Insbesondere in den Kreistagen der  
223 Landkreise streitet deshalb die LINKE u.a. für folgende Forderungen:

224

- 225 • Das Land muss seinen gesetzlichen Verpflichtungen in der dualen  
226 Krankenhausfinanzierung nachkommen. Die Kosten für Neubauten und  
227 Unterhalt der Krankenhäuser sind Aufgabe des Landes. Diese Finanzmittel  
228 können nicht mit Einsparungen bei Personalstellen erwirtschaftet werden.
- 229 • Für den Erhalt aller Standorte der Kreiskrankenhäuser. Gerade im ländlichen  
230 Raum darf die Gesundheitsversorgung nicht weiter ausgedünnt werden.
- 231 • Gegen jede indirekte Förderung von „Privatkliniken“, wenn sie die  
232 Kreiskrankenhäuser in Grund und Boden konkurrieren, indem sie die  
233 lukrativen Tätigkeitsfelder übernehmen und nur noch die defizitären dann  
234 dem staatlichen Gesundheitssektor überlassen.
- 235 • Das Netz der bestehenden Pflegestützpunkte muss dichter, dezentraler und  
236 somit bürgernäher werden.
- 237 • Mehr Transparenz in den Aufsichtsräten der kommunalen Gesellschaften im  
238 Gesundheitsbereich (z.B. Trägergesellschaften der Kreiskrankenhäuser).  
239 Obwohl fast ausschließlich durch Kommunalpolitiker besetzt, arbeiten diese  
240 Aufsichtsräte durchweg „hinter verschlossenen Türen“, also unter Ausschluss  
241 der Öffentlichkeit. In diesem wichtigen Bereich der Daseinsfürsorge müssen  
242 Wege gefunden werden, die Diskussions- und Entscheidungsprozesse offener  
243 als bisher zu gestalten.
- 244 • Durch dramatisch gestiegene Versicherungsprämien ist in den letzten Jahren  
245 für freiberufliche Hebammen eine existenzgefährdende Situation entstanden.  
246 Nur durch ausgleichende kommunale Zuschüsse konnten wir in vielen  
247 Regionen bewirken, dass diese Hebammen ihren Beruf weiter ausüben  
248 konnten.
- 249 • Personalmangel beseitigen! Ein Personalbemessungsgesetz auf Bundesebene  
250 muss her. Die teils unerträgliche Belastungssituation für viele  
251 Krankenhausbeschäftigte kann so nicht mehr länger hingenommen werden.
- 252 • Respekt und gute Löhne in Pflege und Gesundheit. Die Pflegeberufe müssen  
253 aufgewertet werden.

254

255

256 **VI.) Öffentlicher Verkehr: Ausbau von Bus und Bahn**

257

258 Eine wesentliche Aufgabe der Kommunalpolitik ist die Verkehrsplanung. Sollen  
259 neue Straßen gebaut oder neue Buslinien eröffnet werden? Wie will man  
260 Anreize schaffen, dass der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) besser  
261 genutzt wird? Welche Zielgruppen der Bevölkerung haben Priorität?  
262 Grundlinien der Kommunalpolitik der LINKEN in diesem Bereich sind:

263

- 264 • Der weitere Ausbau von Bus- und Bahnlinien insbesondere auch in  
265 ländlichen Regionen ist zielstrebig zu verfolgen, um die Umwelt zu entlasten.  
266 Alle Fördermöglichkeiten sind dafür zu nutzen. Die Attraktivität des ÖPNV  
267 ist zu optimieren durch bessere Taktung der Anschlüsse und genaue Analyse  
268 der Bedarfsstrukturen.
- 269 • Ausstieg aus „Stuttgart 21“. Viele Verkehrsprojekte im ganzen Land werden  
270 gerade auf unbestimmte Zeit verschoben oder gar gestrichen, weil das Geld  
271 jetzt für „Stuttgart 21“ benötigt wird. Mit diesem fragwürdigen  
272 Milliardenloch haben wir uns noch nicht abgefunden. Wir werden jede sich  
273 bietende Gelegenheit für den Ausstieg aus „Stuttgart 21“ nutzen.
- 274 • DIE LINKE strebt mittelfristig den ticketfreien Nahverkehr an, wie er schon  
275 in einigen Städten Europas praktiziert wird. Ein gebührenfreier ÖPNV ist  
276 finanzierbar aus Steuermitteln, Einbindung der regionalen Wirtschaft und  
277 Umlagen. Wir arbeiten mit an sozialen und ökologischen  
278 Mobilitätskonzepten, die den Umstieg vom motorisierten Individualverkehr  
279 auf Bus und Bahn erleichtern und allen Menschen gleichermaßen Mobilität  
280 ermöglichen.
- 281 • In vielen Städten und Landkreisen setzen wir uns schon heute für  
282 Sozialtickets für Menschen mit geringem Einkommen ein, damit sie  
283 kostengünstig den ÖPNV nutzen können. Ohne Mobilität zumindest im  
284 regionalen Umfeld ist gesellschaftliche Teilhabe nicht möglich.
- 285 • In den Verkehrsverbänden unterstützen wir neben der Einführung von  
286 Sozialtickets auch Jobtickets und kostenfreie Schülerfahrkarten.
- 287 • Die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen ist dabei durchgehend  
288 zu gewährleisten.
- 289 • Der Lärmschutz ist an Hauptachsen des Verkehrs zu verbessern. Wo  
290 Umgehungsstraßen notwendig sind, müssen diese zügig gebaut werden.
- 291 • Die zahlreichen Lücken im Netz der Fahrradwege sind zu schließen, damit  
292 Fahrradfahren auf Kurzstrecken attraktiver wird.

293

294

## 295 **VII.) Sozialökologischer Umbau**

296

297 Die notwendige Energiewende hin zu erneuerbaren Energien – weg von der  
298 Atom- und Kohlewirtschaft – darf nicht länger aufgeschoben werden. Sie  
299 erfordert auch auf der kommunalen Ebene alle Kraftanstrengungen. Die  
300 Energiewende muss sozialverträglich sein und eingebettet in eine

301 umweltgerechte Stadtentwicklung. Das sind große Herausforderungen. Die  
302 LINKE setzt sich in den Gemeinderäten und Kreistagen ein:

303

- 304 • für den Ausbau regenerativer Energiequellen auf dem Gemeindegebiet.  
305 Wird Strom von auswärts bezogen, dann soll dies über Stromanbieter  
306 erfolgen, die ausschließlich auf regenerative Energiequellen zurückgreifen.
- 307 • für die Stärkung und ggf. auch Neugründung von Stadtwerken als lokale oder  
308 regionale Stromanbieter (ggf. auch in Kooperation mehrerer Gemeinden).  
309 Die profitorientierten milliardenschweren Stromkonzerne, die ihr Geld mit  
310 Atom- und Kohlestrom verdienen, müssen zurückgedrängt werden. Die  
311 Energiewende kann nur gelingen, wenn sie mit einem Wandel hin zu  
312 dezentralen Strukturen einher geht.
- 313 • Die Sanierung von Altbaubeständen hat für uns eine hohe Priorität, um  
314 Energie einsparen zu helfen. Die Beteiligungskosten für Mieter dürfen nicht  
315 höher sein als die Entlastung bei der Energieeinsparung.
- 316 • Neubauten von Verwaltungsgebäuden der Gemeinde und oder des  
317 Landkreises müssen hohen Energiestandards genügen.
- 318 • In der mit der Energiewirtschaft heute eng verflochtenen Abfallwirtschaft  
319 dürfen nicht die profitträchtigen Bereiche „privatisiert“ werden, während die  
320 defizitären Bereiche Aufgabe der öffentlichen Hand bleiben. Solchen derzeit  
321 aktuellen Bestrebungen treten wir entgegen.
- 322 • Im Sinne einer umweltgerechten Stadtentwicklung sind Grünflächen zu  
323 schützen und dürfen nur mit hohen Auflagen verbaut werden.
- 324 • Stromtarife müssen für alle bezahlbar sein. Für Geringverdiener muss es  
325 Freibeträge und Sozialtarife geben. Die Kosten der Energiewende dürfen  
326 nicht einseitig Familien mit Kindern, Niedrigverdienenden und Menschen  
327 ohne Immobilieneigentum aufgebürdet werden. Und es darf nicht sein, dass  
328 verarmten Menschen der Strom gesperrt wird, weil sie ihn nicht mehr  
329 bezahlen können. Die Versorgung mit Energie und Wasser gehört zur  
330 sozialen Daseinsfürsorge.

331

332

### 333 **VIII.) Engagement für Kultur, Jugend und Sport**

334

335 Menschen Freiräume für kulturelle oder sportliche Aktivitäten zu schaffen,  
336 gehört mit zur Kommunalpolitik. Diese wichtige Aufgabe darf auch bei knappen  
337 Kassen nicht unter die Räder kommen. Die LINKE orientiert sich dabei an  
338 folgenden Leitlinien:

339

- 340 • Wir wehren uns gegen eine Verengung des Kulturbegriffs. Überall dort, wo  
341 Menschen gemeinschaftliche Interessen teilen und austauschen, ist für uns  
342 Kultur. Kultur lebt von ihrer Vielfalt.



- 343 • Für kulturelle Aktivitäten braucht es auch geeignete öffentliche  
344 Räumlichkeiten. Eine Gemeinde sollte sie großzügig für ihre Bürgerinnen  
345 und Bürger zur Verfügung stellen.
- 346 • Mehr soziokulturelle Jugendzentren mit selbstbestimmten Strukturen.
- 347 • Ende der Verbotspolitik: Schluss mit Alkohol- und Aufenthaltsverboten.
- 348 • Das ehrenamtliche Engagement in Vereinen und sozialen Projekten ist  
349 stärker zu fördern.
- 350 • Wo kulturelle Schwerpunkte gesetzt werden sollen, ist durch eine breit  
351 abgestützte Bürgerbeteiligung zu ermitteln. Wir wollen „Kultur von unten“,  
352 nicht eine „von oben“ gesetzte.
- 353 • Die Förderung von Sporteinrichtungen und Sportvereinen orientiert zu stark  
354 auf Auslese für den kommerziellen Bereich. Die Kinder- und Jugendarbeit in  
355 Sportvereinen muss verstärkt werden im Hinblick auf Breitensport und  
356 Zusammenarbeit mit schulischen Einrichtungen.
- 357 • Der Bereich der Erwachsenenbildung darf nicht vernachlässigt werden.  
358 Volkshochschulen und andere Einrichtungen sind bedarfsgerecht  
359 auszustatten.
- 360 • Wir wollen den kulturellen Austausch mit anderen Ländern über  
361 Partnergemeinden und Partnerlandkreise weiterhin energisch fördern.  
362 Internationaler Austausch entzieht Nationalismus den Boden.
- 363 • Humane Migrationspolitik statt Hetze und Rassismus.
- 364 • Kommunale Friedenspolitik: Die Bundeswehr hat in Schulen, Jobcentern, auf  
365 Messen und in kommunalen Einrichtungen nichts zu suchen. Werbung für  
366 den Dienst an der Waffe und den Einsatz in Kriegen ist kein Beitrag zur  
367 Völkerverständigung. Wir treten dafür ein, dass sich Kommunen  
368 international und im Rahmen der Initiative „Cities for Peace“ in zivilen  
369 Hilfsprojekten engagieren.

370

371

## 372 **IX.) Kommunales Wirtschaften**

373

374 Kommunen sind auch Wirtschaftsunternehmen. Es muss gut überlegt werden, in  
375 welche Bereiche investiert werden soll, welche Risiken dabei bestehen und was  
376 erreicht werden soll. Das Wirtschaftshandeln der Kommunen soll auch eine  
377 Vorbildwirkung für andere gesellschaftliche Bereiche entfalten. Für die LINKE  
378 ist dabei zentral:

379

- 380 • Die kommunale Selbstverwaltung darf nicht eingeschränkt werden. Das  
381 geschieht oft, indem durch Abhängigkeitsverhältnisse Fragen, über die besser  
382 demokratisch zu entscheiden wäre, in die Verfügungsgewalt der  
383 Privatwirtschaft überführt werden.
- 384 • Öffentliche Aufträge sollten nur an solche Firmen erteilt werden, die  
385 Tariflöhne oder einen Mindestlohn von 10 Euro zahlen, Betriebsräte zulassen

- 386 und die Zeitarbeit begrenzen. Auch Leiharbeit und Schein-Werkverträge sind  
387 gegen das öffentliche Interesse gerichtet und müssen verhindert werden.
- 388 • Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen lehnen wir ab, insbesondere  
389 wenn sie den Bereich der Daseinsvorsorge betreffen.
  - 390 • Im Unterschied zu einem privaten Unternehmen ist für eine Gemeinde oder  
391 einen Landkreis nicht der maximale Profit entscheidend, sondern der  
392 maximale Nutzen für die Einwohnerinnen und Einwohner und ihre  
393 Bedürfnisse.
  - 394 • Die Beteiligung an Projekten, die der Rüstung und militärischen Zwecken  
395 dienen, lehnen wir ab.
  - 396 • Über Projekte, die den Haushalt der Gemeinde oder des Landkreises extrem  
397 belasten (z.B. mehr als 5 % eines Gesamthaushalts) sollte grundsätzlich ein  
398 Bürgerentscheid stattfinden.

399

400

## 401 **X.) Gläserne Rathäuser – Demokratie und Bürgerrechte stärken**

402

403 Die demokratischen Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten für alle  
404 Einwohner müssen ausgebaut werden. Die Entscheidungen von Gemeinderäten  
405 und Kreistagen müssen transparenter werden. Sie werden zunehmend über die  
406 Köpfe der Bürgerschaft hinweg in geheim tagende Gremien verlagert.  
407 Befugnisse der kommunalen Selbstverwaltung dürfen nicht an  
408 Geschäftsführungen und geheim tagende Aufsichtsräte von Wirtschaftsbetrieben  
409 delegiert werden. Die Geschäftspolitik von kommunalen Unternehmen muss  
410 transparent sein. Der Bürgerschaft müssen alle Informationen von öffentlichem  
411 Interesse zugänglich sein, außer es handelt sich um rechtlich geschützte  
412 personenbezogene Daten. Mehr Demokratie heißt: Beteiligungsprozesse auch  
413 außerhalb von Wahlen zu organisieren. Und es müssen auch die Interessen von  
414 Menschen einbezogen werden, die sich wenig oder gar nicht an  
415 bürgerschaftlichen Prozessen beteiligen können.  
416 Soziale Gerechtigkeit ist nur in einer freien Gesellschaft erreichbar, in der  
417 Menschen nicht mehr von politischen Entscheidungsprozessen fern gehalten  
418 werden, sondern sie Möglichkeiten zur Mitbestimmung erhalten. Deshalb  
419 fordern wir in den Kommunalparlamenten u.a.:

420

- 421 • die Einführung unbürokratisch geregelter Einwohneranträge an den  
422 Gemeinderat, damit die Bevölkerung die Möglichkeit erhält, selbst Themen  
423 auf die Tagesordnung des Gemeinderats zu setzen und dann im  
424 Kommunalparlament auch angehört zu werden,
- 425 • die regelmäßige Einberufung von Bürgerversammlungen durch die  
426 Gemeinde, damit aktuelle Fragen diskutiert werden können und der  
427 Gemeinderat eine Orientierung erhält, wie die Stimmung in der Bevölkerung  
428 zu bestimmten Projekten ist,

- 429 • Offenheit für die Durchführung von Bürgerentscheiden über wichtige  
430 Sachfragen. Es geht nicht, dass viele Bürgermeister Rechtsanwälte gegen die  
431 eigene Bevölkerung beauftragen, um beantragte Bürgerentscheide zu  
432 verhindern.
- 433 • Transparenz und Offenheit bei allen Entscheidungen: Die Unterlagen und  
434 Protokolle von Gemeinderatssitzungen und Kreistagen müssen frei verfügbar  
435 sein.; Die Sitzungen sollten im Internet übertragen und dokumentiert werden.  
436 Die Unsitte nicht-öffentlicher Sitzungen muss zurückgedrängt werden.  
437 Gebührenfreie Akteneinsicht für alle Bürger.
- 438 • Kostenlose Nutzungsmöglichkeit von Versammlungsräumen der Gemeinde  
439 für örtliche Vereine, Bürgerinitiativen und andere Gruppen, die sich aktiv in  
440 den demokratischen Prozess mit einbringen wollen;
- 441 • Inklusion: z.B. Bereitstellung von Gebärdendolmetscherinnen bei  
442 Bürgerversammlungen.
- 443 • Direkte Wahl der Landräte (entsprechend den Oberbürgermeistern).
- 444 • Einbeziehung und Integration auch von Einwohnern mit Migrationshinter-  
445 grund in kommunale Entscheidungen.
- 446 • Kommunales Wahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner, die hier  
447 leben.
- 448 • Rassismus und Neofaschismus entgegenzutreten. Städte und Gemeinden  
449 müssen Teil antifaschistischer Bündnisse sein.